

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1930**

180 (5.8.1930)



# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Angabe des Preises Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber dem Preis von 10 Pfennig bei Wiederholung nach Tarif, bei der Nichterhaltung der Anzeigen, bei geschickter Bedienung und bei Konsum außer Kraft tritt ein Ermäßigungsprogramm, das Herr Dietrich vertritt, sei das folgende:

Unsere wöchentlichen Beilagen: Primat und Wandern, Unterhaltung, Wägen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufseherin / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Oberanstaltung 2.20 Mark o. Durch die Post vom 1. 11. 1930 bis 30. 10. 1931 o. Postamt 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Weststraße 20 o. Fernruf 1020 und 1021 o. Postfach 211111: Karlsruhe, Hauptstraße 9; D. - Baden, Jagdstraße 12; Rastatt, Poststraße 2; Offenburg, Hauptstraße 8

Nummer 180 Karlsruhe, Dienstag, den 5. August 1930 50. Jahrgang

## DiETRICHs Wahlprogramm

Dauernde Verschlechterungen auf sozialem Gebiete - Starker Abbau in Ländern und Gemeinden - Wahlrechtsreform

Als Kandidat der neuen Staatspartei stellte sich gestern in der Karlsruher Festhalle Reichsfinanzminister Dietrich vor. Die Versammlung nahm einen teilweise teilweisen Verlauf durch Zwischenrufe, die sowohl von einzelnen Mitgliedern als von ganzen Gruppen kamen. Aus dem Wahlprogramm, das Herr Dietrich vertritt, sei das folgende hervorgehoben:

Das ein weiteres Anschwellen der Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen unmöglich und daher Einschränkung und größte Ersparnis geboten ist.

Das die sozialen Einrichtungen infolge einer Reform beschleunigt als die Auswüchse zu beseitigen sind.

Das die Aufgaben des Etats auf das Schnellste auszufüllen sind.

Das die Ausgaben des Etats auf das Schnellste zu kürzen sind.

Das die Ausgaben des Etats auf das Schnellste zu kürzen sind.

Das die Ausgaben des Etats auf das Schnellste zu kürzen sind.

haben ihnen das Recht gegeben, eine Bürgersteuer oder eine Gemeindebeitragssteuer zu erheben. Wir haben sie weiter berechtigt, sofern die Wohlfahrtslasten einen außerordentlichen Umfang annehmen, mit Zustimmung der Landesregierung eine Gemeindebeitragssteuer zu erheben. Darüber hinaus ist angeordnet, daß vom Rechnungsjahr 1931 ab, sofern die Gemeindebeitragssteuer oder die Gemeindebeitragssteuer den Landesdurchschnitt übersteigt, sowohl die Gemeindebeitragssteuer als auch die Bürgersteuer erhoben werden muß, in der Weise, daß, solange der Satz der Grundsteuer oder der Gemeindebeitragssteuer 150 bis 200 Prozent vom Landesdurchschnitt beträgt, sich Bier- und Bürgersteuer um 50 Prozent erhöhen und wenn jene Steuern mehr als 20 Prozent des Landesdurchschnitts betragen, so erhöhen sich Bier- und Bürgersteuer um das Doppelte.

Für die Staatsämter in den Ländern zu sorgen, erübrigt sich, weil diese infolge des Rückganges der direkten Steuern im nächsten Jahr hunderte von Millionen weniger vom Reich bekommen und durch diese Tatsache zur äußersten Sparjamkeit gezwungen werden. Wir entwickeln uns in steigendem Maße zu einem Staat, in dem nur noch die Verhältnisse sich befinden, während das Kapital selber im Ausland flieht. Das Kapital darüber ist völlig awedlos. Man muß nach Wegen suchen, die Rückkehr des Kapitals zu ermöglichen und erst dann, wenn diese Wege gefunden sind, kann man scharf zupacken.

Die größte Sorge aber bereitet uns die Reform des Wahlrechtes und die Reform des Reiches. Das Wahlrecht und das Wahlverfahren, das wir haben, sind völlig überlebt. Die Verbindung zwischen Wähler und Abgeordneten ist gelöst. Die Parteibürokratie und die Parteiführer sind allmächtig. Ein Zustand zu schaffen, der den Wähler wieder in Verbindung bringt mit seinen Abgeordneten, der ihm Einfluß gibt auf die Person des Abgeordneten und der damit gegenseitiges Verständnis und Vertrauen hervorruft, muß das Ziel der Reform sein. Der nächste Reichstag, wenn er arbeitsfähig sein soll, wird um die Lösung dieser Aufgabe nicht herumkommen. Er wird aber zugleich auch die Frage der Reichsreform zum mindesten insofern lösen müssen, als die finanzielle Ausgestaltung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden erfolgen und die Kompetenzen scharf gegeneinander abgegrenzt werden müssen. Ob die zurzeit bestehenden Parteien diese Aufgaben zu bewältigen vermögen, möchte ich bezweifeln. Die Umgestaltung des Parteiwesens ist m. E. die Voraussetzung dafür. Das gegenwärtige System des Wahlrechtes hat zu einer unheimlichen Parteisplittierung geführt.

## Zerreißt das Machwerk!

Die freien Gewerkschaften zum Abbau des Arbeitslosen-schutzes

Die Regierung Brüning bildet sich ein, sie könne den erbitterten Kampf der frei organisierten Arbeiter gegen den Abbau des Arbeitslosenschutzes, der im Frühjahr zur Sprengung des Kabinetts Müller und jetzt zur Auflösung des Reichstags geführt hat, durch ein plumpes Machtwort zum Schweigen bringen. Sie bildet sich ein, daß das Volk die Bestimmungen ihrer faschistischen Verordnungen als unabänderlichkeiten hinnehmen werde. Sie täuscht sich. Auch die Gewerkschaften können die Regierung natürlich nicht hindern, wenn sie jetzt ihren Wechselbals einer Reform der Arbeitslosenversicherung in Kraft treten läßt. Aber sie werden ihre ganze Kraft aufbieten, um zu verhindern, daß dieser Wechselbals jemals gefesselt fundiert wird. Die Gewerkschaftszeitung appelliert in ihrer jebten erschienenen neuesten Nummer, in der einsehend zu den Notverordnungen Brünings gegen die Sozialpolitik Stellung genommen wird, scharf und energisch an alle Gewerkschaftsmitglieder, durch Aufklärung der Arbeiter dafür zu sorgen, daß am 14. September ein Reichstag gewählt wird, der dieser Reichsregierung ihr Machwerk zerreißen vor die Füße wirft!

In dem Augenblick, wo sich das Kabinett Brüning entschloß, der Forderung der Unternehmerklasse nachzukommen und den Abbau des Arbeitslosenschutzes in ihre Notverordnungen aufzunehmen, machte sie gleich ganze Arbeit. Sie begünstigte sich nicht mehr mit den bereits im sozialpolitischen Ausschuss geschaffenen Verschlechterungen. Sie ignorierte ihren eigenen Entwurf und ging bummelnd los aufs Ganze. Sie bezieht Ersparungen auf Kosten der Arbeitslosen ohne jede Rücksicht auf die sozialen Auswirkungen ihrer Maßnahmen.

Für die Feststellung der für die Unterstützungshöhe maßgebenden Lohnklasse ist zunächst nun nicht mehr der tatsächliche Arbeitsverdienst maßgebend. Künftig darf für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse kein höherer Betrag zugrunde gelegt werden als der Grundlohn, der bei der Entrichtung der Beiträge zur Reichsanstalt zugrunde gelegt war. Die Folge ist, wie die Gewerkschaftszeitung in ihrer Kritik an den einzelnen Verschlechterungen feststellt, daß, wenn der Arbeiter zu gering bescherte, der Arbeiter in seinem Anspruch betroffen wird, denn nur die Höhe des Grundlohnes, der der Beitragsleistung entspricht, entscheidet über die Höhe des Leistungsanspruchs.

Die Unterstützung wird nach der Dauer der Anwartschaft gestaltet. Die Versicherten, die in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt, nicht mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung standen, erhalten nur verminderte Sätze; es finden die Lohnklassen wie folgt: 7 auf 6, 8 auf 7, 9 und 10 auf 8 und 11 auf 9.

Alle „geringfügigen“ Beschäftigungen scheiden künftig aus der Versicherung aus, auch dann, wenn der Arbeitnehmer einzig vom Ertrag dieser Arbeit lebt und bei ihrem Fortfall in bitterste Not gerät. Als „geringfügig“ soll jede Beschäftigung gelten, die durch Arbeitsvertrag oder der Natur der Sache nach auf nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich beschränkt ist, oder für die kein höheres Arbeitsentgelt als 10 M wöchentlich vereinbart oder ortsüblich ist. (Kurzarbeit rechnet selbstverständlich nicht als „geringfügige“ Beschäftigung.)

Arbeitslose, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten nur dann Unterstützung, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterstützungsanspruch zusteht. Der „Wohlfahrtsarbeiter“ scheidet aus der Versicherung aus, wenn seine wöchentliche Arbeitszeit nicht mindestens 32 Stunden beträgt.

Die Beschränkung der Unterstützung bei Doppelverdienern wird durch die Notverordnungen nur für die Arbeitslosen festgesetzt. Ein mit einer hohen Pension oder einem hohen Wartegeld begabener Beamter kann ruhig 10 000 M und mehr jährlich in der Privatwirtschaft verdienen, ohne daß ihm von seiner Pension oder von seinem Wartegeld ein Pfennig gekürzt wird. Wird aber ein Versichert arbeitslos, dessen Ehegatte ein Arbeitseinkommen von mehr als 35 M wöchentlich hat, so wird der 35 M Einkommen übersteigende Betrag von der Unterstützung des arbeitslosen Ehegatten abgezogen. Nur dann soll das nicht eintreten, wenn der Arbeitslose Familienszuschläge für 2 oder mehr Angehörige gewährt werden. Sind beide Ehegatten zugleich arbeitslos, ohne daß ein Zuschlagsempfänger vorhanden ist, dann wird die niedrigste von beiden Unterstützung auf die Hälfte gekürzt.

Die Warteseit soll künftig bei allen Arbeitslosen ohne aufschlagberechtigte Angehörige 14 Tage betragen. Ebenso wird die Sperrzeit verlängert. Statt grundsätzlich bisher 4 Wochen soll die Aufgabe der Arbeit oder bei Nichtannahme von Arbeit die Sperrzeit künftig 6 Wochen betragen. Nur bei Arbeitsaufgabe zu Ausbildungswecken soll von der Sperrzeit abgesehen werden können.

Bei „Pflichtarbeit“, d. h. bei Abhängigmachung der Unterstützung für Arbeitslose unter 21 Jahre von einer Arbeitsleistung wird die Selbstverwaltung ausgeschlossen; bisher hatte der Verwaltungs-ausschuss des Arbeitsamtes über die Durchführung der Arbeit nähere Bestimmungen zu treffen, die Arbeiten auszuwählen und die Höchstdauer der Arbeit festzusetzen. Künftig soll der Verwaltungsausschuss hier nicht mehr mitzureden haben. Anscheinend will die Regierung hinten herab die „Dienstpflicht“ einführen.

Wenn künftig der Bedarf der Reichsanstalt die eigenen Mittel übersteigt und die vorgesehenen Zuschüsse und Darlehen zur Etatsbedeckung nicht ausreichen, so gewährt das Reich nur die Hälfte des Mehrbedarfs als Zuschuß. Die andere Hälfte des Mehrbetrags soll durch Erhöhung oder Abtufung der Beiträge oder durch die Verbindung beider Maßnahmen gedeckt werden. Was heißt „Abtufung der Beiträge“? Die Regierung will nicht mit der Sprache heraus-

## Kampf im Metallgewerbe

Die Vorgänge in Berlin - Klage vor dem Arbeitsgericht - Stegerwald oder Siemens? - Allgemeinheit oder Geldsack

Der Berliner Metallkonflikt haben sämtliche am Tarif beteiligten Gewerkschaften am Montag einstimmig beschlossen, beim Arbeitsgericht gegen den Verband Berliner Metallindustrieller eine Feststellungsfrage gegen den Tarifvertrag vorzubringen. Sie wünschen eine arbeitsgerichtliche Entscheidung darüber, ob der Tarifvertrag für die Berliner Metallindustrie durch Einvernehmen in den Betrieben nicht gewaltfam verschlechtert worden ist.

Der Berliner Rechtsstreit hat mit der Ende der vorigen Woche die Aufmerksamkeit des D.S.V. nicht gemein. Es dreht sich in Berlin um andere Dinge. Von einer Rückwirkung des Düsseldorferechts auf den Berliner Konflikt kann darum keine Rede sein.

Auf den Ausgang des Berliner Rechtsstreits darf man gespannt sein. Zudem ist jedoch nicht zu verkennen, daß sich der Konflikt um eine Machtkprobe angeht. Stegerwald oder Siemens? Wer ist der Stärkere? Wird sich der Reichsarbeitsminister den verschiedenen Drohungen, daß die Berliner Metallindustrie, wenn sie keine Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm bekommen, in noch fürchterlicherem Ausmaß Entlassungen vornehmen, einschüchtern lassen? Die Rechtsprelle eilt den Versicherten zu Hilfe. So schreibt die Deutsche Tageszeitung, es sei unverantwortlich, wenn jetzt Reichsbehörden dem Gewerkschaften und eines Teils der Öffentlichkeit gegenüber ihre Vorklatschdrohungen gegen die Berliner Metallindustrie machen oder unter dem Druck solcher Drohungen unangemessene Ermittlungen in die Betriebspolitik der Werke einleiten wollten. Um diese Drohungen gegen die Reichsbehörde zu machen behauptet das Apatarorgan dreist nicht die Berliner Metallindustrie, sondern das mangelnde soziale Verständnis über die Verantwortungslage der Gewerkschaften habe zum Entlassungen veranlaßt. Demgegenüber betonen sogar die Metallindustriellen, daß im Gegenteil die Gewerkschaften eine unangemessene Forderung, während der Periode der Gewerkschaften keine Kündigungen vorzunehmen, angenommen wor-



Entlassen

Ein typisches Bild aus der Berliner Metallindustrie. Der letzte Akt war für die Angestellten der Berliner Metallindustrie ein schwarzer Tag. 3000 von ihnen wurden gekündigt. Berühmt geben sie nach Hause, neue Opfer der Wirtschaftskrise, deren Ende immer noch nicht abzusehen ist.







# Die neue Kartellverordnung

Von Fritz Kapfali

Unter den Kartellverordnungen Hindenburg-Brüning stellte die verschärfte Kartellverordnung eine Ueberraschung dar. Solange der Reichstag lebte, hat die Regierung sorgsam verschwiegen, daß sie sich die sozialdemokratische Forderung nach Ausgestaltung der Instrumente zur Kontrolle der monopolistischen Machtstellungen in der Wirtschaft zu eigen macht. Wir haben so oft und so eindringlich dargelegt, daß wir Maßnahmen zur Senkung überhöhter Kartell- und Monopolpreise als ein Mittel zur Vinderung der Wirtschaftskrise betrachten und daß wir die Kartellverordnung von 1923, die das Schwerkriegsziel als ein Mittel zur Vinderung der Wirtschaftskrise betrachten, für nicht ausreichend halten, um dieses wirtschaftspolitische Ziel zu erreichen. Heute können wir mit Genugtuung feststellen, daß die Regierung Brüning diesen von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften seit langem vertretenen Gedanken aufgreift.

Was um aber war zur Zeit der parlamentarischen Regierung von diesem Plan keine Rede? Man hätte doch aus den Parteien, die in der Regierung Brüning vertreten sind, und der Sozialdemokratie sehr auf eine Mehrheit für eine verschärfte Kontrolle erhalten können. Aber man schwieg distret vor diesem Plan. Ob dies aus Angst vor den industriellen Interessensvertretern in den Regierungsparteien geschah oder ob der Gedanke, auf diesem Gebiet etwas zu tun, überhaupt erst ein Produkt der Wahlkampf ist, also vor der Auflösung auch nicht verraten werden konnte, mag dahin gestellt bleiben. Wir freuen uns der grundsätzlichen Anerkennung einer von uns vertretenen wirtschaftspolitischen Anschauung in dieser Kartellverordnung, aber wir können nicht finden, daß der Zweck die Mittel heiligt, d. h. wir können nicht anerkennen, daß die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für den Erlass einer Verordnung auf Grund des Artikels 48 vorliegen. Wenn ein Gesetzesentwurf im Sinne der jetzt erlassenen Verordnung vorgelegt worden wäre, so hätte die Sozialdemokratie um eine Verbesserung gekämpft — denn die Verordnung ist richtig im Grundgedanken, aber unzulänglich in der Ausführung (es fehlt das uneres Erachtens für die wirksame Durchführung notwendige besondere Kontrollamt, es fehlt der Aufsichtsrat u. a.) — sie hätte seine Annahme aber sicherlich auch dann unterstützt, wenn nicht alle ihre Verbesserungsvorschläge angenommen worden wären. Denn ein Schritt vorwärts ist uns immer lieber als das fatale Nichtstun auf diesem Gebiete, zu dem sich bisher die bürgerlichen Parteien im Gegensatz zur Sozialdemokratie bekannt haben. Trotz unseres Widerspruchs gegen die Art des Erlasses dieser Verordnung wünschen wir deshalb auch jetzt, daß sie nicht als ein Produkt des Wahlkampfes auf dem Papier stehen bleibe, sondern daß sie wirksam werden möge. Die Regierung Brüning muß ihren neuen Glauben auf diesem Gebiet (dessen wir uns als Frucht unserer Propaganda freuen dürfen) durch Taten beweisen. Das würde der deutschen Wirtschaft nützen, die Ueberwindung der Krise, der Massenarbeitslosigkeit erleichtern.

Der Schwerpunkt der neuen Verordnung liegt darin, daß die Entscheidung über die Unterlegung von Kartellverträgen und Kartellbeschlüssen und die Gewährung des Rücktrittsrechts der Parteien von Verträgen, die dem Gemeinwohl abträglich sind, nun ganz in der Hand der Reichsregierung liegt und vom Kartellgericht unabhängig gemacht wird. Dazu tritt die Ermächtigung zu Sollaufhebungen, bzw. Sollberichtigungen, was in vielen Fällen geeignet sein kann, durch frischen Luftzug der Auslandskonkurrenz den Mißbrauch monopolistischer Machtstellungen zu verhüten. Auf Grund der Verordnung kann auch gegen die Festsetzung der sehr zahlreichen übermäßigen Preisspannen beim Verkauf von Markenartikeln vorgegangen werden. Weiter ergibt sich die Möglichkeit, gegen lockere Preisverabredungen unter wenigen Unternehmungen oder Konzernen vorzugehen, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um formale Kartelle handelt.

Ob mit diesen verschärften Waffen wirksam gegen überhöhte Monopolpreise vorgegangen wird, ist natürlich in erster Linie eine Frage des Willens und der Entschlußkraft der Reichsregierung. In zweiter Linie allerdings auch eine Frage der gründlichen Durchleuchtung und Erkenntnis der wirtschaftlichen Tatbestände. Wenn hier der § 3 der Verordnung als Sollvorschrift (also nicht bindend und die tatsächliche Stellungnahme des vorläufigen Reichswirtschaftsrats vorzieht, so kommt es entscheidend darauf an, daß aus dieser Anhörung von „Beteiligten“ nicht eine Hemmung wirksamer Schritte durch Interessenten wird. Wir glauben schon, daß die Kartellstelle des Reichswirtschaftsministeriums über zahlreiche Kenntnisse verfügt, auf Grund deren eingeschritten werden könnte. Aber bisher sind diese Kenntnisse immer sehr distret behandelt worden und deshalb unfruchtbar geblieben. Deshalb glauben wir, daß auf die Dauer ein besonderes Monopolkontrollamt zur Durchleuchtung der Verhältnisse und zur Vorentscheidung der eingehenden Regierungsanträge, ein Amt, in dem neben den Beamten die Vertreter der Wirtschaft aus dem Unternehmer- und Arbeiterlager, aus den Produzenten- und den Konsumentenorganisationen mitwirken, unentbehrlich sein wird. Aber wir wollen heute nicht Einzelkritik an den Mängeln der mangelhaft entstandenen Verordnung üben, sondern zunächst ist die Forderung an die Regierung Brüning stellen: Sic Rhodus, sic salta. (Hier ist Rhodus, hier springe). Du hast Dir, Regierung Brüning, außerparlamentarisch dein Instrument zur Bekämpfung des Monopolmißbrauchs selbst geschaffen, nun setze, daß es nicht der Theaterdonner für einen Wahlkampf ist, dem dieses Instrument dienen soll, sondern daß mit ihm Taten zu Gunsten der Ueberwindung der Wirtschaftskrise vollbracht werden können. Wir haben Gebiete, auf denen durch Eingriffe, sei es durch Unterlegung, sei es durch Sollaufhebungen, vorgegangen werden muß, schon oft aufgewiesen. Wir erinnern z. B. an Eisen und Zement, an Vinoseum und Markenartikel etc. und wir werden es an weiterer Materiallieferung nicht fehlen lassen. Nachdem die Regierung Brüning den Grundgedanken der Sozialdemokratie übernommen hat, hoffen wir, daß sie auch in seiner Durchführung bereit sein wird, von den sozialdemokratischen Vorschlägen zu profitieren.

Wenn die Reichsregierung nicht nur in den Wahlwochen, sondern dauernd die scharfe Bekämpfung monopolistischer Preisstellungen als eine entscheidende Frage der deutschen Wirtschaftspolitik ansieht, dann müßte sie folgerichtig die Wahlparole ausgeben: **Wählt am 14. September Liste 1 (Sozialdemokraten)**. Denn die Sozialdemokratie ist die einzige zuverlässige, vom Einfluß von Kartellinteressen freie Partei, die stets für die Durchführung ihrer Forderung einer scharfen Kontrolle gegen private Monopole zu Gunsten der Gesamtentwicklung eintreten wird. Soviel Konsequenz erwarten wir allerdings von der Regierung Brüning nicht. Aber wir hoffen, daß sie mit der grundsätzlichen Uebernahme unserer Monopolkontrollforderung in ihr Verordnungswerk dazu beigetragen hat, den Wählern die Augen zu öffnen. Für Gemeinwirtschaftspolitik gegen Interessentenmischer, das bedeutet am Wahltag: **Für die Sozialdemokratie — gegen den Wahlbürgerkrieg!**

## Markberichte

**Schweinemarkt in Durlach am 2. August 1930.** Befahren mit 84 Läufer Schweinen und 226 Ferkel Schweinen. Verkauf wurden 50 Läufer Schweine und 226 Ferkel Schweine. Preis per Paar: Läufer Schweine 80—90 M., Ferkel Schweine 45—56 M.

# Aus aller Welt

## Brand in einem Lichtspieltheater

**New York, 4. Aug.** Während einer Kindervorstellung brach in einem Lichtspieltheater in Sao Paulo ein Brand aus, wobei 23 Kinder schwer verletzt wurden und 10 lebensgefährliche Brandwunden davontrugen. Das Unheil soll dadurch entstanden sein, daß ein Kind unvorsichtigerweise mit Streichhölzern spielte, wodurch sich ein Stapel Filme entzündete.

## Pilzvergiftungen — Vier Tote

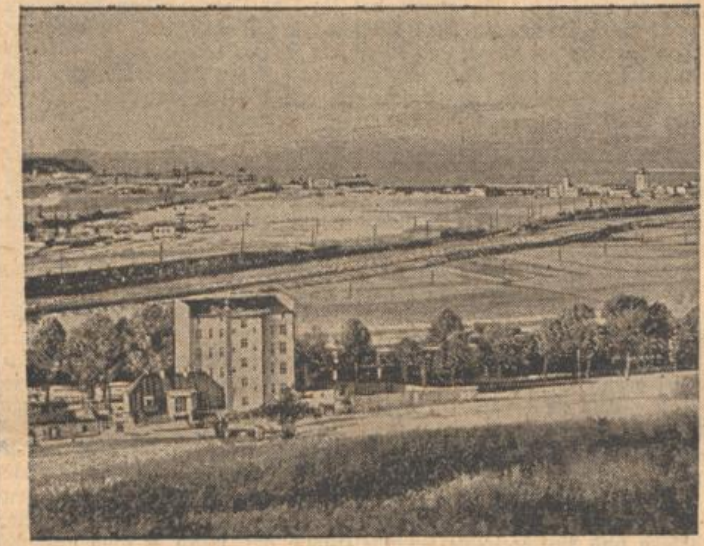
**Wien, 4. Aug.** Vier sind an Vergiftung durch Knollenblätterpilze 10 Personen schwer erkrankt. Der Verfallung sind bisher vier weitere Personen erlegen. Von den übrigen Erkrankten schweben einige noch in Lebensgefahr.

## Siegfried Wagner gestorben

Am Montag nachmittag 5 Uhr 30 Min. verschied im Städtischen Krankenhaus Wagner Siegfried Wagner, der bekannte Dirigent und Komponist und der Sohn Richard Wagners im Alter von 61 Jahren. Die Todesnachricht berührt gerade in diesen Tagen, in denen die von Siegfried Wagner sorgfältig vorbereiteten Wagnerfestspiele ihren Höhepunkt erreichen, besonders tragisch. Kurz vor Eröffnung der Festspiele gelangte die Nachricht von der Erkrankung Siegfrieds in die Öffentlichkeit. Man erfuhr, daß sich der Komponist bei der Vorbereitung der Festspiele überanstrengt hatte. Man las, daß er von einer Herzmuskelentzündung befallen war, aber niemand ahnte, daß der Künstler das Fest, das er einstudiert hatte, nicht überleben sollte.

In Triebichen bei Luzern, als Sohn Richard und Cosima Wagner geboren, studierte Siegfried Wagner in Karlsruhe und Charlottenburg Architektur. Später erst widmete er sich der klangvollen Kunst, teils als Dirigent, teils als Komponist. Die im Jahr 1895 aufgeführte fünfaktige Dichtung „Sühnlich“ brachte den ersten großen Erfolg. Später wurden die „Värenbäuer“, „Bruder Lustig“, „Schwarz Schwanenreich“, „An allem ist Hüthen schuld“ aufgeführt. Immerhin dürfte Siegfrieds Leistung als Dirigent größer sein als seine kompositorische. Auch sein organisatorisches Talent der Veranstaltung der Wagnerfestspiele ist zu rühmen, wenn schon es ihm leider nicht immer vor nationalistischen und antiemittischen Entstellungen schützte.

## Gdingen — die große Gefahr für Danzig



In den letzten Jahren hat sich der polnische Hafen Gdingen zu einer großen Gefahr für den Danziger Handel entwickelt. Vom Ehrgeiz getrieben, einen eigenen Hafen zu besitzen, hat Polen das frühere Dorf, das an einer denkbar unangünstigen Stelle liegt, unter ungeheuren Kosten zu einem durchaus modernen Hafen umgestaltet. Gdingen hat heute einen hohen Teil der polnischen Ein- und Ausfuhr über See an sich gerissen, wodurch der freien Stadt Danzig, die auf das polnische Hinterland angewiesen ist, schwerer Schaden erwachsen ist. Dieser Lage erst hat sich die Danziger Handelskammer veranlaßt gesehen, eine Entschädigung anzunehmen, die sich mit der durch den Ausbau des Gdiner Hafens geschaffenen Lage befaßt. Darin heißt es, daß ein dringender wirtschaftlicher Grund, nur etwa 15 Kilometer vom Danziger Hafen entfernt einen neuen Handelshafen zu errichten, nicht vorgelegen habe. Der Danziger Hafen sei allen Anforderungen gemäßen. Zum Schluß wird in der Entschädigung verlangt, daß der Danziger Kaufmannschaft das Entscheidungsfeld und die Lebensmöglichkeiten gesichert werden, wie sie dem Willen und dem Inhalt des Vertrages von Versailles, sowie den Bestimmungen über die Errichtung der freien Stadt Danzig entsprechen.

Unter Bild gewährt einen Blick auf den Hafen von Gdingen, der jetzt im Zeichen eines beständigen Ausbaues steht. (Die Aufnahme ist etwas älteren Datums, da Polen aus begründlichen Gründen es nicht zuläßt, daß Aufnahmen von der Stadt gemacht werden.)

## Wildweib in Berlin

**Berlin, 4. Aug.** Der Baumeister Walter Dietrich aus Adlershof der am Samstag Vormittag in der Nähe des Schleifenschen Bahnhofs von vier Männern überfallen und um 2000 M. beraubt worden war, ist in der Nacht zum Sonntag zum zweiten Mal überfallen worden, und zwar offenbar von denselben Leuten, die ihn zuerst ausgeplündert hatten. Dietrich hatte abends nach 11 Uhr das Berliner Polizeipräsidium, wo er den ganzen Abend mit Vernehmungen und Gegenüberstellungen hatte verbringen müssen, verlassen und wurde auf dem Wege zur Jannowitzbrücke angegriffen, an ein haltendes Auto herangelockt und schließlich in den Wagen geflohen. Vier Mann hielten ihn mit vorgehaltenen Revolvern in Schach und entführten ihn nach Köpenick. In einer kleinen Waldung zwischen Köpenick und Adlershof legten sie den 55jährigen Baumeister ab und forderten von ihm unter Todesandrohung, daß er das Polizeiprotokoll, das er heute auf dem Polizeipräsidium unterschreiben soll, nicht unterschreibe. Dann ließen sie Dietrich allein und fuhren mit abgeblendeten Lichtern nach Berlin zurück. Der Baumeister, ein kräftlicher Mann, war durch diesen zweiten Ueberfall so eingeschüchtern, daß er sich heute weigerte, das Polizeiprotokoll aufzusuchen. Man mußte ein Auto mit Kriminalbeamten nach Adlershof schicken, um ihn zur Vernehmung auf das Polizeipräsidium zu bringen. Wie erst jetzt bekannt wird, hatten bereits am Samstag Mittag drei Frauen, die inzwischen festgenommen werden konnten,

Dietrich beim Verlassen des Polizeireviere in der Fruchtstraße gestellt und von ihm verlangt, den ganzen Raubüberfall zu widerrufen. Für diesen Dienst boten sie ihm die Rückerstattung der Hälfte der geraubten Summe an. Dietrich ging auf den Handel nicht ein.

## Schweres Motorradunglück

**Glabach-Riedt, 4. Aug.** Ein Motorradfahrer aus Wehrath, der seine Braut auf dem Sozius mit sich führte, versuchte auf der Straße Odenkirchen-Wehrath eine in anderer Richtung fahrende Straßenbahn zu überholen. Dabei wurde er vor seinem Gehört stehende Landwirt Langer von dem Motorrad erfaßt und vor die Straßenbahn gemorren. Durch die Wucht des Anpralls verlor der Fahrer die Gewalt über das Rad und stürzte, wobei seine Braut ebenfalls vor die Straßenbahn zu liegen kam. Während man Langer nur noch als Leiche unter der Straßenbahn hervorziehen konnte, erlitten der Motorradfahrer und seine Braut schwere Knochenbrüche. Beide mußten dem Krankenhaus zugeführt werden.

## Landung eines Freiballons im Watt

**Friedrichsloog (Dittmarich), 4. Aug.** Der Freiballon „Eberfeld“, der gestern unter der Führung von Kaulen in Düsseldorf mit mehreren Passagieren zu einer Fernfahrt aufgestiegen war, mußte nachmittags 6 Uhr vor Friedrichsloog auf der Elbe im Watt landen. Die Passagiere eilten schnell zur Hilfe und zogen den Ballon an Land. Die Landung ging glatt vonstatten, den Passagieren ist nichts zuegetoßen.

## Zahlreiche Opfer des Straßenverkehrs in London

**London, 4. Aug.** Den Klättern zufolge haben während des Wochenendes bei Verkehrsunfällen auf den Landstraßen insgesamt 16 Personen den Tod gefunden. Bei zwei Omnibusunfällen in Stratford und Boole wurden 26 Personen verletzt.

**Zwischenfälle bei der Ankunft italienischer Kinder in Paris**  
**Paris, 4. Aug.** Als gestern der italienische Botschafter auf dem Egoner Bahnhof in Paris etwa 1000 italienische Kinder, die ihren Ferien in Frankreich verbringen sollen, abholte, kam es zu Zwischenfällen. Wie der „Reit Parisien“ berichtet, versuchten italienische Kommunisten, anwesenden italienischen Postisten, Angehörigen der Kinder, die Anweisungen, die sie angelegt hatten, vorzulesen zu lassen. Drei Italiener, die sich für ihre Person nicht auszeichnen konnten, wurden verhaftet.

## Ein Polizeiauto stürzt in einen Bach

**Münster, 4. Aug.** Auf der Straße zwischen Miltenberg und Amorbach kam ein Omnibus, auf dem sich eine Abteilung des Würzburger Landesspitzels befand, infolge der Glätte ins Schleudern, durchdrang die Brückenmauer und stürzte in den Wutbach. Vier Mann erlitten schwere, 12 Mann leichtere Verletzungen.

## Familientragödie

**Glauchau, 4. Aug.** In Gnadenhagen St. Egidien wurden heute der 40 Jahre alte Chemiker und Hausbesitzer Darius und seine beiden Kinder, ein 10jähriger Junge und ein 7jähriges Mädchen, tot aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß Darius den Knaben und das Mädchen vergiftet und diese außerdem erdrosselt hatte. Darius hatte dann Gift genommen und sich am Fensterbrett erhängt. Die Frau war seit einigen Tagen verstorben. Der Grund zur Tat dürfte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegen.

## Raubmord an zwei Frauen

**Budapest, 4. Aug.** In Ssolnok wurden eine 66 Jahre alte Witwe und eine Aufwärterin in einer großen Kutsche tot aufgefunden. Beide Leichen wiesen große Schnittwunden am Hals auf. Es handelt sich offenbar um Raubmord.

## „Wasserschleier“ auf dem Rhein

Die Frankfurter Zeitung berichtet aus Bingen: Die Rheinfähren auf dem Rheindampfern, die Schiffer, die Fischer und viele andere auf der Fahrt, als am Samstag zwei sonnengebräunte Gestalten, von Mainz kommend, über die Wellen des Rheines schritten, waren andere Sterbliche auf der Landstraße. Die beiden Wasserschleier liefen bis nach Radesheim. Mitten auf dem Strom anigen sie vorüber, und man sah wenig von den Füssen, die von den Wellen umspült wurden. Als die „Wasserschleier“ aber näher kamen, sah man große, rote „Entenfüße“ aus Gummi. Mit diesen wackeligen Füßen liefen die beiden voran über den Rhein. Zur Begleitung gehörte der Fahrer Schwanz jeder ein Kuder. Professor Ritter mit seinem Beiseiter F. Dirich aus Wien hatten von Mainz bis Radesheim die Erprobung des Rheines mit Wasserfi auf dem Rhein. In diesem Rheine fliegen die beiden Wasserschleier an Land, verstaubt, „Entenfüße“ im Rucksack und einen dann zum Nationaldenkmal auf dem Niederwald, wo sie einen Kranz mit Schleife zu den Füssen der Germania niederlegten. Die Schleifen trugen die Aufschriften: „Erprobung des Rheines mit Wasserfi.“ Die österreichischen Wasserschleier der freien Rhein. Prof. Ritter, Dr. Dirich-Wien, die ihrer Wasserwanderfahrt wurden die beiden Wasserschleier mit ihrem Beiseiter von der Bevölkerung empfangen. In größeren Städten wie auch in Darmstadt vor Beginn der Weltkriegsjahre die Hochschüler — führten sie die methodische Entwicklung des Wasserfi Kaufens vor. Die beiden Wasserschleier haben vor, in diesem Meer den Rhein hinunter, durch die reißenden Wasser des „Rheines“ bis nach Köln zu laufen.

## Stenographie

**Berlin, 4. Aug.** Im Rahmen des zur Zeit in Berlin stattfindenden Deutschen Stenographentages fand am Sonntag gleichzeitig in 15 Berliner Schulen ein Wettstreiten statt. Den Hauptpreis gewann der Sieger im Bundeswettbewerb, ein Hindenburgbild. In diesem Wettbewerb nahmen mit eigenständiger Unterschrift des Reichswirtschaftsminister erbielt, mit 460 Silben in der Minute, der Preisenminister Heinrich Kersel aus Uckermark. Die zweitbeste Arbeit lieferte mit 340 Silben Paul Fringsheim aus Darmstadt. Die drittbeste mit 320 Silben Ernst Haas aus Würzburg.

## Kommunisten vor dem Schnellrichter

**Berlin, 5. August.** (Frankfurt.) Am Montag, 4. August, wurden in Berlin drei Kommunisten, die am 1. August im Verlauf einer Demonstration festgenommen waren, vom Schnellrichter wegen Verleumdung und Widerstand gegen die Staatsgewalt zu drei Monaten bzw. einem Monat und zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

## Gewerkschaftliches

100 000 Mann im Streik

**Paris, 3. Aug. (Sig. Draht.)** Die Zahl der Streikenden im Viller Streikrevier beträgt nach der Erklärung des Generals

**Büdo flüssig**  
für den feinen Schuh

streiks in der Textilindustrie etwa 100 000 Mann allein in diesem Industriezweig. Ununterbrochen werden neue Gewerkschaften und Militärtruppen in das gesamte nördliche Industriegebiet transportiert.

## Massenentlassungen in der Holzindustrie

Nachdem die vom Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie angeführten Lohnabkommen am 1. August abgelaufen sind, werden heute etwa 1000 Holzarbeiter in den Stubbsäbriken in Kabenau und Umea entlassen, weil sie sich dem Abkommen nicht anschließen wollten.











# Letzte Nachrichten

## Breitscheids Auffassung und Warnung

Paris, 5. August. (Sunbienst.) Der Exzeffor veröffentlicht heute ein Interview mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Breitscheid, der betont, die Sozialdemokratie habe die feste Überzeugung, mit ihrer Opposition gegen Brüning gut getan und die Republik geschützt zu haben. Die Verantwortung für die Reichstagsauflösung falle allein auf Brüning zurück, der durch Neuwahlen eine Mehrheit zu erhoffen finde, event. mit Hilfe des Grafen Westarp. Die Republik sei nicht in Gefahr, denn die Sozialdemokratie werde sich jeder Militärdiktatur mit allen Mitteln und sei es mit Gewalt widersetzen. Sollte sich die Regierung sogar mit den Hitzelreuten gegen die Sozialdemokratie verbünden wollen, was aus Gründen der einfachen politischen Moral unfahbar erscheine, dann müsse es früher oder später zum Bürgerkrieg kommen. Der neugegründeten Deutschen Staatspartei glaubt Breitscheid keine Erfolge voraus-

setzen zu können. Sie sei mit ihrem Witzschmuck widersprechender Elemente ein totesgeborenes Kind. Immerhin könne sie der Deutschen Volkspartei den Rang ablaufen.

Der Reichstagspräsident des Exzeffor fügt hinzu, daß er allein im Lager der Sozialdemokraten eine klare und entschiedene Vorbereitung zum Wahlkampf gefunden habe. Im Gegensatz zu den verschiedenen Improvisationen der letzten Minute bei den bürgerlichen Parteien habe sich die „sozialdemokratische Parteimaschine in mächtigem regelmäßigen Rhythmus“ in Gang gesetzt. Keine Verzerrung, kein Disput sei bei den von der bürgerlichen Presse so viel geschmähten Sozialdemokraten zu merken.

## Eisenbahnunglück in England - 100 Verletzte

RTB. London, 5. August. (Via Drahtbericht.) Am Mitternacht (siehe unten) der Eisenbahnstation Periton zwei Personenzüge mit heimkehrenden Ausflüglern zusammen. Die Züge waren voll besetzt. Annähernd hundert Personen wurden verletzt, zwölf Personen wurden ins Krankenhaus überführt werden.

## Vereinsanzeiger

**Karlsruhe**  
T.S.A. Mittwoch abend 8 1/2 Uhr im Vereinshaus (Sportplatz) Techniker- und Geräteausstellung. Vorher Generalprobe der Sportlerübungen.  
Volkshochschule. Am kommenden Donnerstag, den 7. August findet im kleinen Festsaal eine Gesamtprobe mit der Harmonikafestung statt. Das Erscheinen aller Sänger und Sänginnen dringend erwünscht. Um mündliche Weiterverbreitung wird gebeten.  
Naturfreunde-Jugend. Heute 8 Uhr Gymnastik Freier Turnvereins.  
Athleten-Club „Einigkeit Mühlburg 02 e. V.“ Am Freitag, 8. August, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Zum Engel“ in Mühlburg ein Mitgliebertreffen statt. Um vollständiges Erscheinen wird gebeten.  
Küppert. Naturfreunde. Heute Versammlung im „Bomm“.

Verlangt überall die sozialistische Zeitung

Am 2. August starb zu Karlsruhe  
**Herr Rechtsanwalt  
Dr. Ludwig Haas**  
M. d. R.  
Vom ersten Semester seiner Studentenzelt ab war er unser Mitglied, seit einer Reihe von Jahren gehörte er dem Hauptvorstand des Centralvereins und unserem engeren Vorstand an.  
Seine Arbeits- u. Kampfnossen trauern um ihren Freund und Führer, das deutsche Judentum beklagt den Verlust eines seiner besten Streiter für die ewigen Wahrheiten des Rechtes und der Freiheit.  
Vereinigung badischer Israeliten  
(Landesverband Baden des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens)  
Dr. Jakob Marx, Vorsitzender.  
Karlsruhe, den 4. August 1930.

**Fochtenberger**  
Ihre Augen?  
Schmerzen Sie manchmal? Nehmen Sie denn  
**Fochtenberger**  
Kölnisch Wasser. Benutzen Sie morgens und abends Ihre Augenlider damit Sie nützen dann Ihren Augen und Ihrem ganzen Menschen.  
Beugen Sie vor!  
Preis: 6.40, 8.50, 1.50, 2.40

**Amtliche Bekanntmachungen**  
Gebäudebesondersteuer betr.  
Die vierte Monatsrate der Gebäudebesondersteuer für das Rechnungsjahr 1930 (Rate für Juli 1930) ist bis spätestens 5. August 1930 zu entrichten. Wer bis zu diesem Zeitpunkt keine Steuerzahlung mit begleitender Vorzahlung zu erwarten. Eine besondere persönliche Mahnung ergeht nicht mehr.  
Stadthauptamt.

**Sonder-Angebot!**  
Schlafzimmer, eich., voll gepolstert, 180er Schrank m. Kristallspiegel, Waschkommode mit echt. weißem Marmor, äußerst solide Ausführung, solange Vorrat reicht zu dem Ausnahmepreis von **Mk. 550.-** abgegeben. 5202  
Möbelfabriktagger, Burkhardt & Söhne  
Marienstraße 63

**Jede Küche nur ESKA**  
in dieser Liter-Flasche  
QUALITÄTSMARKE  
Dipl.-Schreibfisch 65 M., Spiegel, Vertigo 25 u. 35 M., pol. Schrank 35 M., Kommode 9 M., Schrank 8 M., Janb. Bett m. Matr. 30 M., m. Feb. 46 M., Divan m. Umbau 75 M., prima Matratzen 20 u. 30 M., 2 hochgeh. Betten m. neu. Zinobelt 35 M., Kinderbett m. Matr. 20 u. 25 M., eleg. Chaiselongue 35 M., 2 Stühle 5 M., 3 St. 18 M., 4 St. 22 M., 6 Stühle 45 M., Säulenstg. u. Schalter, Pfeißel, Subvignit-helmstr. 18. 5307  
Verlesen! 800  
Kinder-Schulstühle mit Reißverschluss bei dem Kinderfest in der Altsiedelg. Wabgeb. Röhrenstr. 8, 4. St. od. Volksfrdb. zu verkaufen. 802  
Bürgerstr. 16, §. 1. Et.

**SCHAUBURG**  
Marienstr. 16 Tel. 6284  
Ab heute, jedoch nur wenige Tage zeigen wir nochmals den **Sieger aller Tonfilme**  
**Die Nacht gehört uns!**  
In der Original-Lichtton-Fassung  
Eine moderne Jagd nach Liebe, Glück und Ruhm im 150 km-Tempo mit Charlotte Ander, Hans Albers, Walter Janssen (bekannt aus „Zwei Herzen im 3/4-Takt“, Otto Wallburg, Ida Wüst usw. usw., 11 Akte Spannung, Sensation, Tempo, Humor 5308  
Attraktionen:  
**Der Ball zu den 1000 PS.**  
Das Cabarett der rollenden Räder  
**Targa Florio**  
das schwerste Auto-Rennen der Welt  
Jugendliche haben **keinen Zutritt**  
Preise der Plätze: M. —, 50, 1.20, 1.50, 2.—

**Olympia**  
Olympia · Korrespondenz · Schreibmaschine  
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«  
EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

**MANNHEIM**  
Q 7, 23  
Fernsprecher: Mannheim 28723 und 28887  
Verlangen Sie von unserem nächsten Büro Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvereins

**Ohne Pulver keine Schlacht!**  
Denkt an den **Wahlfond der S. P. D.**

**Küchen**  
Ein möb. Zimmer  
Gaggenauer Anzeigen  
Mietervereinigung Karlsruhe  
Kastatter Anzeigen

Lohnstufe	Grundlohn pro Tag	RT.	Stg.
1	0.80	5.4	5.4
2	1.20	8.1	8.1
3	1.80	10.8	10.8
4	2.40	13.5	13.5
5	3.00	16.2	16.2
6	3.60	18.9	18.9
7	4.20	21.6	21.6
8	5.40	27.0	27.0
9	6.60	32.4	32.4
10	8.00	40.0	40.0
11	9.00	45.0	45.0
12	10.00	48.0	48.0

**Carl Bernhardt**  
der ehemalige Fremdenlegionär spricht persönlich in jeder Vorstellung zu dem überall Aufsehen erregenden Filmwerk **Flucht in die Fremdenlegion** im **Gloria-Palast**

**STADTGARTEN**  
Mittwoch, den 6. August, von 16-18 1/2 Uhr:  
**I. Streichkonzert des Gemeinlichatsorchesters**  
**Zahlen beweilen!**  
Die Versicherungs-Gesellschaft der werktätigen Bevölkerung, die **Volksfürsorge**  
Gewerkschaftlich-Gesellschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft gewährt ihren Versicherten auf die gewinnberechtigten Jahresprämie für 1929  
**30% Gewinnanteile in der Volksabteilung**  
**35% Gewinnanteile in der Lebensabteilung**  
Bel der Volksfürsorge sind **2 Millionen Versicherungen** in Kraft; sie hat ein **Vermögen von rund 100 Millionen RMark.**  
Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen: Karlsruhe, Schützenstr. 16, Offenburg, Wilhelmstr. 10, p. r. oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 57/61.